

Deutsche Wirtschaft bleibt im Plus

IW-Konjunkturprognose. Die Schuldenkrise im Euroraum hinterlässt auch in Deutschland deutliche Spuren. Dennoch wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr leicht zulegen – so die aktuelle Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). 

Die wirtschaftliche Lage vieler Euroländer hat sich zugespitzt, und das Risiko, dass die Währungsunion auseinanderbricht, ist keineswegs gebannt. Dennoch geht das IW Köln davon aus, dass die Politik die Schuldenkrise schließlich lösen kann und die Weltwirtschaft nicht abstürzt. Deshalb dürften auch der deutschen Wirtschaft keine bösen Überraschungen drohen (Tableau Seite 2):

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 2012 um 1 Prozent und im kommenden Jahr immerhin um knapp ¾ Prozent wachsen.

Hinter dieser Einschätzung stecken folgende Entwicklungen:

- **Außenhandel.** Die negativen Einflüsse aus dem Euroraum sind rund um den Globus spürbar, auch die großen Schwellenländer wie China laufen nicht mehr auf Hochtouren.

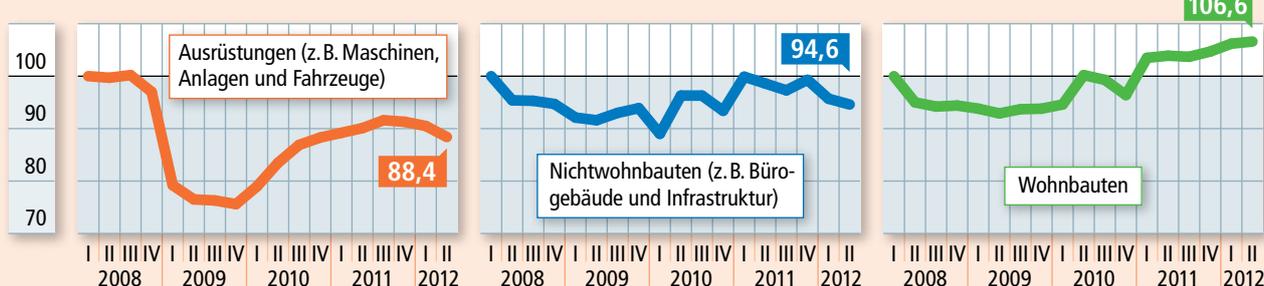
Trotzdem wird die chinesische Wirtschaft weiter wachsen, und in klassischen Industrienationen wie den USA stehen die Zeichen eher auf Erholung. Damit dürfte das globale BIP 2012 real um ¾ und 2013 um ¾ Prozent steigen. Beim Welthandel ist ein realer Zuwachs von knapp 4 Prozent im laufenden und 5½ Prozent im kommenden Jahr drin.

Für die deutschen Exporteure sind das einigermaßen beruhigende Perspektiven:

Die preisbereinigten Ausfuhren werden im Jahr 2012 um 3 Prozent zulegen – für 2013 ist dann ein →

Investitionen bröckeln

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen, 1. Quartal 2008 = 100



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 38

Inhalt

Innovative Personalpolitik. Firmen, die auf moderne Instrumente wie leistungsorientierte Vergütungsformen setzen, sind meist erfolgreicher als andere Betriebe.
Seite 3

ESM und Fiskalpakt. Das Bundesverfassungsgericht hat den Weg für den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Fiskalpakt endgültig freigegeben – aber mit Auflagen.
Seite 4-5

Altersvorsorge für Selbstständige. Zum Schutz vor Altersarmut sollen Selbstständige zur Vorsorge verpflichtet werden. Doch wie viele von ihnen überhaupt schutzbedürftig sind, ist unklar.
Seite 6-7

Tourismus in Bayern. Der Freistaat ist Deutschlands beliebteste Ferienregion, auch bei ausländischen Gästen. Diese kommen nicht nur der Natur und der Kultur wegen.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ **Anstieg um rund 4 Prozent zu erwarten.**

Da die Importe im kommenden Jahr ähnlich stark wachsen, kann der Außenhandel die Konjunktur zwar nicht antreiben, er wirkt jedoch auch nicht als Bremsklotz.

• **Investitionen.** Die deutschen Unternehmen haben ihre Geschäftserwartungen zurückgeschraubt und halten sich beim Kauf neuer Maschinen oder Fertigungsanlagen zurück – zumal die Kapazitäten zuletzt immer weniger ausgelastet waren. Dies hat die realen Ausrüstungsinvestitionen bereits seit dem Jahresende 2011 sinken lassen (Grafik Seite 1). Auch für das Jahr 2012 ist ein Rückgang um insgesamt 2 Prozent zu erwarten.

Sofern sich das internationale Konjunkturklima wie erhofft aufhellt,

dürften die Investitionen in Maschinen und Anlagen 2013 wieder leicht zulegen – um etwa 1¼ Prozent.

Im Baubereich steht der zunächst noch schwachen Sparte der Nichtwohnbauten ein robuster Wohnungsbau gegenüber. Unterm Strich werden die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um ¾ Prozent und 2013 um 1¾ Prozent zunehmen.

• **Arbeitsmarkt.** Bis zuletzt ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland trotz der abgeschwächten Konjunktur kräftig gestiegen (vgl. iwD 37/2012). Inzwischen zeichnet sich zwar eine ruhigere Entwicklung ab. Dennoch ist im Jahresdurchschnitt 2012 mit einem Zuwachs der Erwerbstätigenzahl um knapp 1 Prozent oder rund 380.000 zu rechnen, und 2013 könnte es nochmals 120.000 Erwerbstätige mehr geben.

Auch bei der Arbeitslosigkeit ist keine Trendwende zum Schlechteren zu befürchten. Die Arbeitslosenquote wird in diesem wie im nächsten Jahr bei rund 6½ Prozent liegen – dann winkt mit weniger als 2,9 Millionen registrierten Arbeitslosen sogar der niedrigste Stand seit 1991.

• **Privater Konsum.** Die zahlreichen neuen Jobs und spürbare Lohnzuwächse haben das verfügbare Einkommen der Bundesbürger in den vergangenen beiden Jahren um jeweils gut 3 Prozent angehoben. Solche Steigerungen wird es vorerst nicht mehr geben. Gleichwohl dürfte der reale Konsum in diesem Jahr um 1 Prozent zulegen. Im Jahr 2013 reicht es voraussichtlich nur für ein Plus von gut ½ Prozent, dennoch bleibt der private Konsum eine Konjunkturstütze.

IW-Prognose für 2012 und 2013

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2011	2012	2013
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,4	1	1/4
Arbeitslosenquote	7,1	6½	6½
Arbeitsvolumen	1,4	¾	0
Produktivität	1,6	1/4	¾
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1	¾
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,7	1	1/2
Konsumausgaben des Staates	1,0	1	1
Anlageinvestitionen	6,2	-1/4	1½
– Ausrüstungen	7,0	-2	1¼
– Sonstige Anlagen	3,9	3	3
– Bauten	5,8	¾	1¾
Inlandsnachfrage	2,6	¾	¾
Export	7,8	3	4
Import	7,4	2½	4
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,3	2	1¾
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-1,0	0	0

Stand: September 2012; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



aus IW-Trends
3/2012

IW-Forschungsgruppe
Konjunktur: Staatsschuldenkrise
bremst deutsche Wirtschaft aus –
IW-Konjunkturprognose Herbst 2012
www.iwkoeln.de/trends

Konjunktur 2013: Was andere sagen

Das Hamburgische WeltWirtschafts-Institut geht von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,5 Prozent aus – nach 0,7 Prozent im laufenden Jahr. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen rechnet mit einem BIP-Wachstum von 0,8 Prozent in diesem und 1,0 Prozent im kommenden Jahr. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet für 2012 ein Plus von 0,8 Prozent und hält für 2013 eine Zunahme von 1,1 Prozent für wahrscheinlich. Noch vor wenigen Monaten waren die Prognosen der deutschen Konjunkturforscher allerdings deutlich zuversichtlicher ausgefallen.

Verständnis steigert Umsatz

Innovative Personalpolitik. Firmen, die ihre Mitarbeiter hierarchieübergreifend in Abläufe einbinden und ihre Ideen systematisch nutzen, sind in der Regel erfolgreicher und innovativer als andere Betriebe.

Die Hesse GmbH und Co. KG aus Hamm ist nicht nur innovativ bei der Herstellung von Beizen und Lacken, sondern widmet sich auch in besonderer Form ihren 450 Mitarbeitern: Als VITNESS-Pilotbetrieb schafften die Beschäftigten und Führungskräfte mithilfe eines Qualitätsmanagementsystems ein Arbeitsumfeld, das es ihnen ermöglicht, sich ganz auf ihre Ziele und Ergebnisse zu konzentrieren – statt auf ständige Abstimmungsprozesse. Nebenbei steigerte sich so das Verständnis für die Mitarbeiter in anderen Unternehmensbereichen.

Damit hat die mittelständische Firma die Ziele von VITNESS erreicht; die Abkürzung steht für „Veränderungsbereitschaft und interne sowie externe Flexibilität mit nachhaltigen EFQMplus-Konzepten stabilisieren und strategisch in den Geschäftsprozessen implementieren“.

Das vom Bundesbildungsministerium geförderte Projekt wird vom Fraunhofer ISI geleitet; das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist Projektpartner und hat Unternehmen nach ihren Flexibilitäts- und Stabilitätskonzepten befragt. Ein Ergebnis: Betriebe, die auf innovatives Personalmanagement setzen, sind oft innovativer und erfolgreicher als der Durchschnitt (Grafik):

Personalpolitik: Empathie macht erfolgreich

So viel Prozent der **sehr erfolgreichen** bzw. **innovativen** Unternehmen ...



	sehr erfolgreiche Unternehmen	innovative Unternehmen	Unternehmen Insgesamt
... praktizieren eine familienfreundliche und chancengerechte Personalpolitik	72,3	69,5	66,2
... gewähren den Mitarbeitern Freiräume für eigene unternehmensförderliche Ideen	69,9	66,2	61,3
... unterstützen die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter durch deren Führungskräfte	66,2	66,9	62,7
... nutzen leistungsorientierte Vergütungsformen als Mitarbeiterbindungsinstrument	65,4	58,2	54,1
... schätzen Mitarbeiterbindung und Mitarbeiterentwicklung als hoch bedeutsam ein	63,3	58,1	54,2
... lassen Mitarbeiter hierarchieübergreifend an Strategiesitzungen der Geschäftsführung teilnehmen	54,0	54,0	48,7
... erheben regelmäßig die Mitarbeiterzufriedenheit und Mitarbeiterkritik	53,5	51,4	45,7
... fördern die Teilnahme an innerbetrieblichen Arbeitskreisen	51,9	45,2	40,9
... setzen mindestens ein Qualitätsmanagementsystem ein	51,8	53,5	49,3
... analysieren und nutzen Potenziale der Mitarbeiter systematisch	37,1	32,9	30,1
... lassen Führungskräfte durch Mitarbeiter beurteilen	26,4	23,7	20,2

Befragung von 1.853 Personalverantwortlichen im Juli und August 2010; **sehr erfolgreiche Unternehmen**: gemessen an der Umsatzentwicklung von 2008 bis 2009, der Beschäftigungsentwicklung von 2007 bis 2009 sowie den Umsatzerwartungen von 2009 bis 2012; **innovative Unternehmen**: haben in den vergangenen drei Jahren mindestens eine Produkt- oder Prozessinnovation eingeführt; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 38 - Foto: Yuri Accurs - Fotolia.com

- **Leistungsorientierte Vergütungsformen.** Rund die Hälfte aller Unternehmen nutzt dieses Instrument der Mitarbeiterbindung – bei den wirtschaftlich sehr erfolgreichen Firmen sind es sogar fast 66 Prozent.

- **Qualitätsmanagementsysteme.** Rund die Hälfte aller Firmen in Deutschland setzt sie ein. Viele Betriebe verwenden das EFQM Excellence Modell, darunter auch die VITNESS-Pilotfirma Hesse. EFQM bewertet, wie effizient ein Unternehmen seine Strategie auf die Kundenbedürfnisse ausrichtet.

Vor allem in Familienbetrieben spielt die Qualität der eigenen Pro-

dukte eine größere Rolle als ein günstiger Preis, sagt das Fraunhofer ISI. Fast die Hälfte aller Familienbetriebe hält die Qualitätsführerschaft für ausschlaggebend. Auch besonders innovative oder technologisch anspruchsvolle Produkte sowie die Einhaltung kurzer Lieferzeiten sind ihnen wichtiger, als die Konkurrenz im Preis unterbieten zu können.

VITNESS

Weitere Informationen zu den Projektergebnissen von VITNESS findet man unter: www.vitness.info

Der Bundestag bleibt im Boot

ESM und Fiskalpakt. Das Bundesverfassungsgericht hat den Weg für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt endgültig freigemacht. Letzterer sei kein Vertrag, der die Bundesrepublik auf ewig bindet. Problematischer sind dagegen die unbegrenzten Ankäufe von Staatsanleihen der Krisenländer durch die Europäische Zentralbank (EZB).

ESM-Urteil macht Weg frei

Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung zwar grünes Licht für die Ratifizierung des ESM-Vertrags gegeben, allerdings einige Bedingungen aufgestellt, die zuvor erfüllt werden müssen. So muss völkerrechtlich sichergestellt sein, dass die Haftung Deutschlands auf die vereinbarten 190 Milliarden Euro beschränkt ist.

Die deutschen Zahlungsverpflichtungen können nicht ohne Zustimmung des Bundestags erweitert werden. Die Richter in Karlsruhe haben außerdem deutlich gemacht, dass eine Banklizenz für den ESM, wie sie mitunter gefordert wird, gegen das im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verankerte Verbot der mo-

netären Staatsfinanzierung verstößen würde.

Der ESM zählt nach Ansicht Karlsruhes zu den im AEUV genannten öffentlichen Institutionen, an die die EZB keine Kredite vergeben darf.

Das gilt ebenso für den Fall, dass der ESM Staatsanleihen zur Sicherheit bei der EZB hinterlegt. Damit schließt das Gericht ferner aus, dass der ESM solche Geschäfte sogar ohne eine ausdrückliche Banklizenz vornehmen könnte, wie manche ESM-Kritiker meinen.

Keine Vorbehalte hat das Gericht gegenüber dem Fiskalpakt (vgl. iwD 12/2012). Die Regelungen decken sich weitgehend mit der Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes und den haushaltspolitischen Verpflichtungen aus dem AEUV. Zu-

dem lasse das Völkerrecht unter bestimmten Bedingungen sogar eine einseitige Vertragsauflösung zu.

EZB-Staatsanleihekäufe kein Königsweg

Dass die EZB Anleihen der Krisenstaaten kaufen will, ist nicht neu. Sie hat das vor allem im zweiten Halbjahr 2011 getan (Grafik).

Dabei hatte die EZB in der Spitze Staatsanleihen im Wert von 220 Milliarden Euro in ihrer Bilanz.

Das ist alles andere als ein Königsweg zur Lösung der Euro-Schuldenkrise. Doch eine Reihe von Gründen lässt diesen Schritt im Falle einer Krisenzuspitzung trotz erheblicher Risiken gerechtfertigt erscheinen.

Die EZB kommt mit ihren theoretisch unbegrenzten Hilfsmöglichkeiten vor allem deshalb ins Spiel, weil die Euro-Rettungsschirme nicht groß genug sind, um glaubhaft die Wackelkandidaten Spanien und Italien stabilisieren zu können.

Das trägt dazu bei, dass die Zinsen in den Krisenländern trotz er-

Europäische Zentralbank: Mehr Staatspapiere im Bestand

Bestände der EZB an Staatsanleihen der Eurostaaten im Rahmen des Programms für Wertpapiere in Milliarden Euro



Quelle: Bloomberg

heblicher Reformen weiterhin relativ hoch sind. Denn der Finanzmarkt hat offenbar begonnen, Wechselkursrisiken in die Zinsen einzupreisen, weil man nicht mehr ganz sicher ist, dass die Krisenländer in der Eurozone bleiben werden. Die klare Botschaft der EZB, alles Nötige zum Erhalt der Eurozone zu tun, soll dem entgegenwirken (Grafik):

Tatsächlich sind die Zinsen auf spanische und italienische Staatsanleihen seit der Ankündigung des EZB-Präsidenten Mario Draghi am 26. Juli 2012 deutlich gesunken.

Doch das eigentliche Ziel der EZB-Interventionen sind die hohen Zinsen in der Privatwirtschaft, die die Erholung der Krisenländer erschweren. Die Niedrigzinspolitik der EZB kam dort bislang nicht ausreichend an, weil sich die Zinsen für Unternehmen und Konsumenten de facto an den hohen Zinsen der Staatsanleihen orientieren. Wenn die EZB letztere durch ihre Staatsanleihekäufe drückt, sollten auch die Zinsen für die Privatwirtschaft sinken.

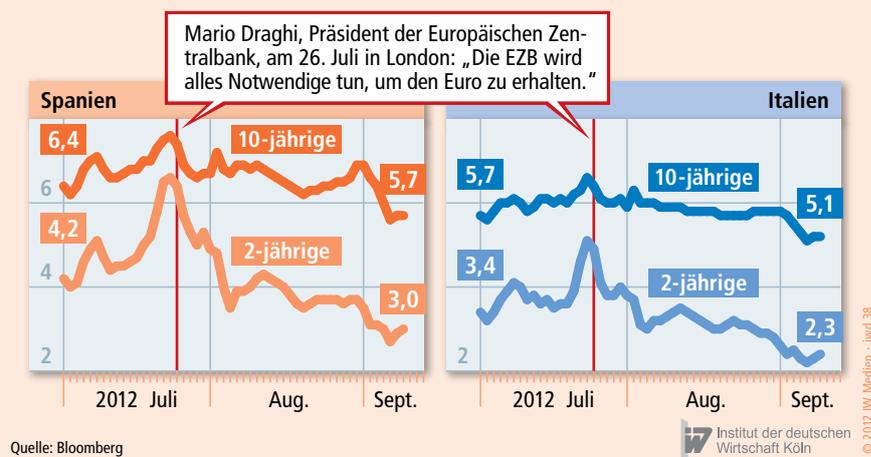
Überzogene Kritik in Deutschland

Kritiker der Staatsanleihekäufe übersehen, dass das Eingreifen der EZB mit Blick auf die Zinsen in der Privatwirtschaft geldpolitisch gerechtfertigt werden kann und somit keine Mandatsüberschreitung ist.

Auch die Sorge, dass die Staatsanleihe-Interventionen die Inflation anheizen könnten, ist unbegründet. Denn die EZB will das Geld, das sie über die Anleihekäufe in den Markt gibt, postwendend auf diesem Wege wieder abziehen, sodass sich die Zentralbankgeldmenge im Umlauf nicht ändern soll. Das ist in den Vorjahren fast immer gelungen.

Draghi lässt Zinsen sinken

Zinsen für spanische und italienische Staatsanleihen in Prozent



Schließlich finanziert die EZB Staaten nicht direkt, weil sie Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt kauft, wo nur Finanzmarktakteure untereinander handeln. Allerdings hilft sie den Staaten schon, indem sie auf diese Weise die Zinsen für Staatsanleihen drückt.

Hier kommt das ESM-Urteil des Bundesverfassungsgerichts erneut ins Spiel. Demnach ist der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB am

Sekundärmarkt dann verboten, wenn er eine vom Kapitalmarkt unabhängige Finanzierung der öffentlichen Haushalte zum Ziel hat. Daher kann es im anstehenden Hauptsacheverfahren in Karlsruhe – jetzt ging es nur um eine einstweilige Anordnung – noch einmal spannend werden. Denn dann prüft das Gericht genau, ob das neue EZB-Programm von den deutschen Zustimmungsgesetzen zur Währungsunion gedeckt ist.

++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt ++

Nachgefragt bei Jürgen Matthes, IW-Experte für internationale Wirtschaftspolitik

Gibt es nicht auch ernst zu nehmende Einwände gegen die EZB-Politik?

Doch sicher: Die EZB-Hilfe könnte zur angenehmen Droge werden, an die sich die Krisenländer nur allzu gern gewöhnen. Dann könnte der Reformeifer erlahmen. Deshalb will die EZB nur Staatsanleihen von Ländern kaufen, die zugleich unter den ESM-Schirm mit seinen Bedingungen schlüpfen.

Hier kommt es freilich noch auf das Kleingedruckte an, damit die Reformauflagen konsequent genug sind. Andernfalls droht ein Präzedenzfall, der die gesamte Rettungsstrategie der Eurozone auf Dauer untergraben könnte.

Muss Deutschland aber nicht auf dem Umweg über die EZB für die Schulden anderer geradestehen?

Das ist tatsächlich ein gravierendes Problem. Denn bei einem Staatsbankrott würde die EZB große Verluste machen. Das Eurosystem hat zwar erhebliche stille Reserven. Ein Teil der Verluste könnte am Ende aber bei den Steuerzahlern auch der Nicht-Krisenländer hängen bleiben.

Etwas gemindert wird diese Gefahr freilich dadurch, dass die EZB vorzugsweise ein- bis dreijährige Staatsanleihen kaufen will, die nach Ablauf dieser Frist wieder aus ihrer Bilanz verschwinden. Trotzdem sollte die EZB nur im Notfall eingreifen, also wenn sich die Krise zuspitzt.

Kein Königsweg in Sicht

Altersvorsorge für Selbstständige. Zum Schutz vor Altersarmut will die Bundesarbeitsministerin Selbstständige zur Vorsorge verpflichten. Allerdings ist nicht klar, wie viele von ihnen überhaupt schutzbedürftig sind. Zudem könnte eine Pflichtversicherung dazu führen, dass sich der eine oder andere Selbstständige vom Arbeitsmarkt zurückzieht – weil er oder sie sich die Vorsorge schlicht nicht leisten kann. 

Ursula von der Leyens Kampf gegen die Altersarmut macht auch vor den Selbstständigen nicht halt. Die Arbeitsministerin will für sie eine verpflichtende Alterssicherung einführen. Zum einen sollen dadurch vor allem Solo-Selbstständige vor Altersarmut geschützt werden. Zum anderen werden auch die Steuerzahler entlastet, wenn Selbstständige eine eigenständige Alterssicherung aufbauen statt womöglich die – steuerfinanzierte – Grundsicherung im Alter in Anspruch zu nehmen.

Doch ganz so einfach ist das alles nicht: Bereits die Abgrenzung der vermeintlich Schutzbedürftigen bereitet Schwierigkeiten:

- Laut Mikrozensus, einer umfassenden Bevölkerungserhebung des Statistischen Bundesamts, hatten zuletzt 2,4 Millionen der insgesamt 4,3 Millionen Selbstständigen keine Angestellten.
- Laut Sozio-oekonomischem Panel gibt es aber nur 3,6 Millionen Selbstständige. Zieht man die Freiberufler ab, weil ein großer Teil von ihnen in berufsständischen Versorgungswerken pflichtversichert ist, dann verbleiben rund 2,7 Millionen Selbstständige, von denen 1,6 Millionen ohne Angestellte arbeiten.
- Gut 250.000 Selbstständige zahlen bereits Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung. Hinzu kommen

jene Personen, die zwar keine Beiträge mehr einzahlen, aber bereits früher eine Anwartschaft gebildet haben. Sie fallen damit ebenfalls aus der Zielgruppe heraus.

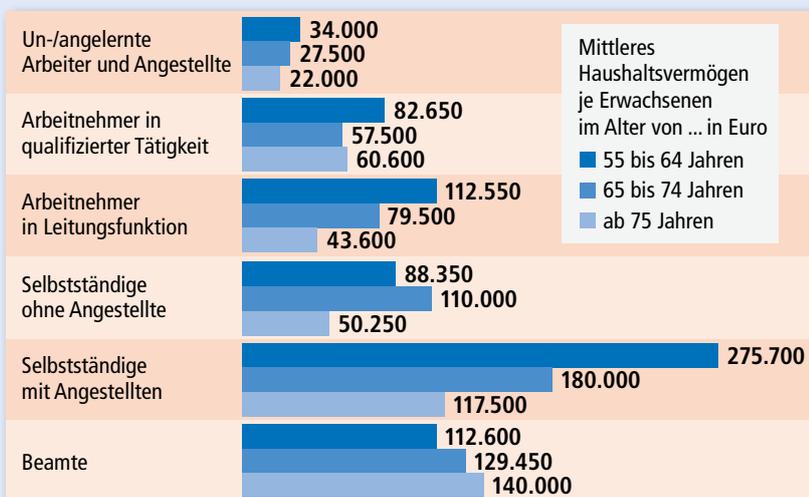
Doch auch die Selbstständigen ohne gesetzlichen Versicherungsschutz sind nicht automatisch von Altersarmut bedroht. Solo-Selbstständige rangieren zwar mit einem mittleren Brutto-Monatsverdienst von 1.500 Euro am unteren Ende des Spektrums der Erwerbseinkommen (Grafik Seite 7). Diese Zahlen trügen allerdings, denn:

Vier von zehn Solo-Selbstständigen arbeiten nur in Teilzeit.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass mancher mit seiner Selbstständigkeit lediglich das Haushaltseinkommen aufbessern will. Und genau darin liegt das nächste Problem: Manch einer wird sich überlegen, ob sich diese Arbeit noch lohnt, sollte vom knappen Geld noch einmal etwas für die Vorsorge wegfallen. Denn eine verpflichtende Alterssicherung könnte am Ende für den Dazuverdiener gar nicht nötig sein – zum Beispiel weil der unterhaltspflichtige Partner die Altersvorsorge übernimmt oder Vermögen vorhanden ist. Wer also die finanzielle Situation von Selbstständigen realistisch einschätzen will, muss die gesamte Haushaltssituation unter die Lupe nehmen.

Dazu bedarf es eines Blicks auf das sogenannte bedarfsgewichtete Einkommen. Das ergibt sich, wenn jedem Haushaltsmitglied ein bestimmter Bedarf zugeteilt und dann das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe aller

Selbstständige sorgen fürs Alter vor



Stand 2007; mittleres Vermögen: Wert, der die Erwerbsgruppe in eine Hälfte mit höheren und eine Hälfte mit niedrigeren Vermögen je Erwachsenen teilt; Einteilung der Erwerbsgruppen nach dem häufigsten oder letzten Erwerbsstatus vor Eintritt in den Ruhestand; Selbstständige: einschließlich Freiberufler
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Bedarfe geteilt wird. Was kompliziert klingt, folgt einer einfachen Logik: In Haushalten mit mehreren Personen muss nicht jeder ein eigenes Bad, eine Waschmaschine oder einen Kühlschrank haben. Deshalb hat – statistisch – die erste Person den größten Bedarf, jede weitere benötigt weniger.

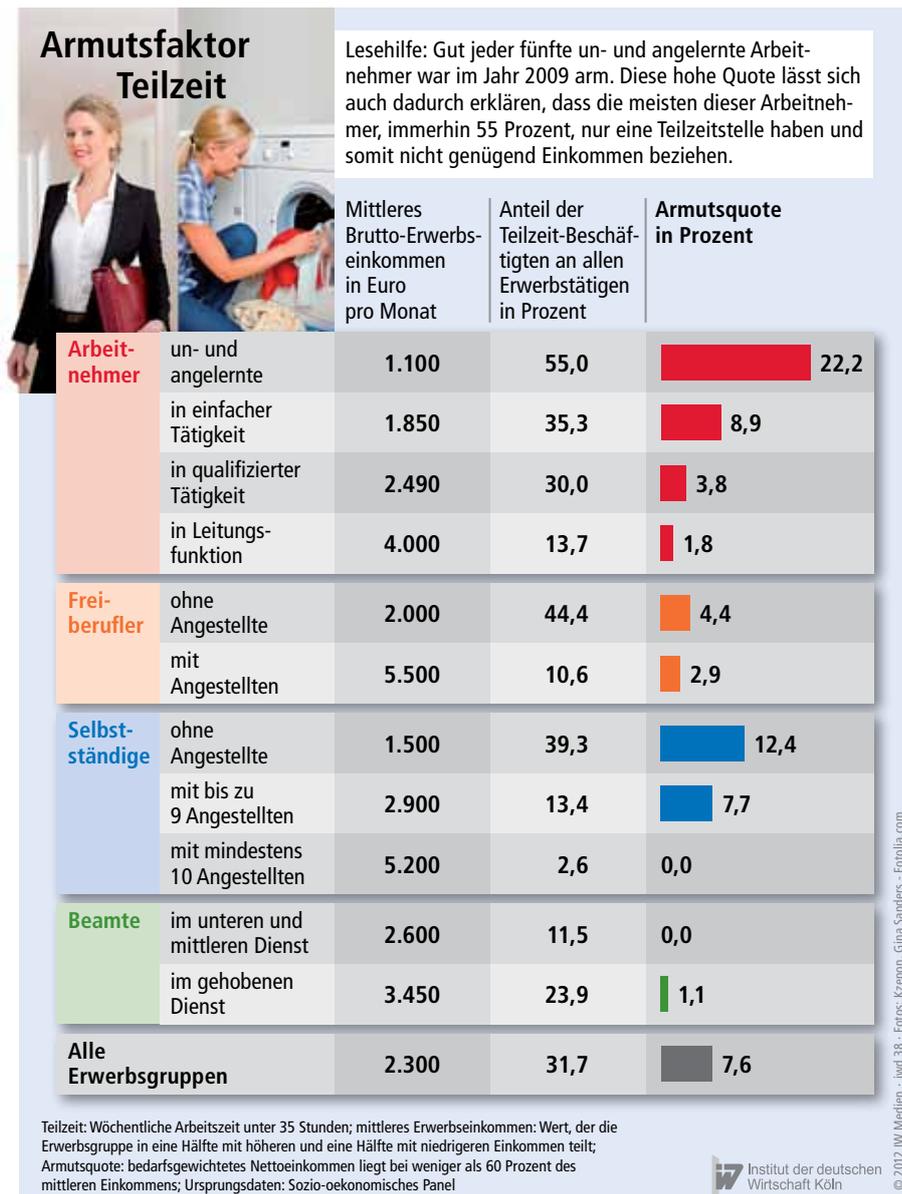
Nach gängiger Konvention gilt als einkommensarm, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens verfügt. Das trifft vor allem auf un- und angelernten Arbeiter zu – nämlich auf jeden fünften von ihnen. Und auch jeder achte Solo-Selbstständige liegt mit seinem Einkommen unter der Armutsgrenze.

Das entscheidende Kriterium für eine Armutgefährdung ist aber das Berufsfeld. So haben Betriebsleiter von Restaurants und Hotels sowie im Groß- und Einzelhandel ein relativ hohes Armutrisiko, genauso wie Handelsvertreter, Kinderpfleger, Friseur oder Kosmetiker.

Um fürs Alter vorzusorgen, legen Selbstständige in der Regel mehr auf die hohe Kante als andere (Grafik Seite 6):

Selbstständige mit Angestellten bauen bis zum Ende ihres Berufslebens im Mittel ein Vermögen von gut 275.000 Euro auf.

Dass die Selbstständigen auf dieses Vermögen im Alter angewiesen sind, beweist das Tempo, mit dem das Polster schmilzt. Innerhalb von nur zehn Jahren ist das Vermögen im Schnitt um mehr als die Hälfte geschrumpft – viel schneller als zum Beispiel bei ehemaligen Angestellten, die neben ihrem Vermögen noch mindestens auf eine gesetzliche Rente, möglicherweise aber auch auf eine betriebliche Altersversorgung zurückgreifen können.



Selbstständige ohne Angestellte sorgen ebenfalls für das Leben im Alter vor, allerdings in deutlich geringerem Maße als ihre Kollegen mit einer Belegschaft im Rücken. Nichtsdestotrotz ist ein bisschen Vermögen immer noch besser als gar kein Vermögen – schließlich sinkt so auf jeden Fall das Armutrisiko (vgl. Iwd 16/2012).

Jeder fünfte Ruheständler, der zuvor als Solo-Selbstständiger erwerbstätig war, ist im Alter einkommensarm. Ein Drittel kann aber mithilfe seines Vermögens die Lücke zur Armutsgrenze bis zum Lebensende schließen.

Etwas günstiger schneiden jene Ruheständler ab, die während ihrer Selbstständigkeit Mitarbeiter beschäftigt haben. Und von den Solo-Freiberuflern gilt jeder zehnte im Alter als einkommensarm – doch fast 40 Prozent von ihnen können ihr geringes Alterseinkommen durch eigenes Vermögen aufstocken.



aus IW-Trends
3/2012

Judith Niehues, Jochen Pimpertz:
Alterssicherung der Selbstständigen
in Deutschland
www.iwkoeln.de/trends

Mit neuer Nase ins Festzelt

Tourismus in Bayern. Der Freistaat ist Deutschlands beliebteste Ferienregion, auch bei ausländischen Touristen. Doch nicht alle Besucher kommen nur der schönen Landschaft und der Kulturdenkmäler wegen.

Sie kommen vor allem zur Wiesn und zum Skifahren: Ausländische Touristen lieben Bayern. Der Freistaat war immer schon das beliebteste Bundesland für Deutschland-Urlauber, doch bei ausländischen Besuchern boomt der Südosten der Bundesrepublik geradezu: Allein zwischen Januar und Juni dieses Jahres kamen rund 11 Prozent mehr Besucher aus dem Ausland als ein Jahr zuvor.

Seit Jahren steigen zwischen Bodensee und Passau die Zahlen der ausländischen Gäste – lediglich im Krisenjahr 2009 gingen sie etwas zurück (Grafik):



Im Jahr 2011 kamen 6,7 Millionen ausländische Touristen nach Bayern, die für rund 14 Millionen Übernachtungen sorgten.

Damit reiste rund jeder fünfte Bayern-Urlauber aus dem Ausland an. Besonders begehrt ist der größte Flächenstaat der Bundesrepublik bei den Niederländern, die rund 11 Prozent der ausländischen Gäste stellen und vor allem im Winter die bayerischen Berge bevölkern. Auch die Österreicher (9,5 Prozent) und die US-Amerikaner (9,2 Prozent) zieht es vergleichsweise häufig in den Freistaat, wobei die Touristen aus den Vereinigten Staaten klassische Rundreisen sowie einen Abstecher zum Oktoberfest bevorzugen, wo man in der Regel auch viele bierselige Italiener trifft.

Die bizarre Romantik des Schlosses Neuschwanstein nutzten hinge-

gen Anfang Juni 15 chinesische Brautpaare, um sich vor der Kulisse des Märchenschlosses trauen zu lassen. Die Besucher aus der Volksrepublik stellen mit rund 120.000 Gästeankünften pro Jahr zwar eine kleine Gruppe, China bietet aber noch viel Besucher-Potenzial.

Gleiches gilt für die arabischen Gäste. Während im Jahr 1994 erst 8.000 Besucher aus den Golfstaaten nach Bayern kamen, dürften dieses Jahr mehr als 100.000 allein den Weg in die Landeshauptstadt finden. Begünstigt wird dieser Touristenstrom auch durch das Burka-Verbot, das seit einiger Zeit in Frankreich und Belgien gilt. Manch einer der Gäste aus Katar, dem Oman oder Saudi-Arabien nutzt den Aufenthalt in München auch medizinisch: zum Fettabsaugen oder um sich eine neue Nase modellieren zu lassen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistenz: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.